

Rechtsausschuß
45. Sitzung

12.04.1989
ei-sz

Sein Petitum sei deshalb, daß das Justizministerium nach Ablauf der diesjährigen Kündigungsfrist in Verhandlungen mit dem Ziel eintrete, vielleicht einen Drei-Jahres-Vertrag abzuschließen. Er schlage vor, diesen Punkt im Herbst dieses Jahres auf die Tagesordnung des Rechtsausschusses zu setzen, um sich dann über die Verhandlungen berichten zu lassen.

Abg. Sommerfeld (SPD) verweist auf den Bericht des Präsidenten des Justizvollzugsamtes, der im einzelnen nachweise, warum diese Anstalt an dieser Stelle notwendig sei. Seitens der Stadt Castrop-Rauxel - da seien sich alle Fraktionen einig - bestehe ein dringendes Bedürfnis, diese Einrichtung zu behalten. Die frühere Justizministerin Donnepp habe seinerzeit mit Hilfe von Abgeordneten auch gegen den Willen eines Teils der Bevölkerung durchgesetzt, in 300 Meter Entfernung zur Vollzugsanstalt "Meisenhof" den "Vinckehof" für den offenen Vollzug zu übernehmen. Seither gebe es keine Beschwerden mehr aus der Bevölkerung. Das spreche für den Vollzug, für die Arbeit der dortigen Bediensteten und der Anstaltsleitung.

Bei einer Verlegung der Gefangenen in den rheinischen Raum oder nach Gütersloh bestehe die Gefahr, daß diese ihre Arbeitsplätze verlören, die sie von Castrop-Rauxel aus gut erreichen könnten. Sodann seien die 70 bis 100 Arbeitsplätze der Bediensteten in einer Region mit einer der höchsten Arbeitslosenquoten des Landes von erheblicher Bedeutung. Darüber hinaus löse die Anstalt auch Nachfrage in der Region aus.

Was den Mietpreis angehe, sei die geforderte Erhöhung um 52 000 DM sicherlich ein "Brocken". Bei der Größe der Einrichtung bedeute das allerdings eine Erhöhung des Quadratmeterpreises von 1,70 DM auf 2 DM. Er bitte, darüber zu verhandeln, und meine, daß es zwischen der Maximalforderung und dem bisherigen Betrag eine Spanne gebe, so daß ein vom Ministerium verantwortbarer Preis gefunden werden könne.

Der Redner bittet den Justizminister und die Mitglieder des Rechtsausschusses, mitzuhelfen, damit die Anstalt erhalten bleibe.

Frau Abg. Morawietz (SPD) äußert als Sprecherin der Vollzugskommission ebenfalls die Bitte, die Anstalt zu erhalten. Sie habe eine ideale Größe, eine ideale Lage und biete den Gefangenen die Möglichkeit, in einem weiten Umkreis entweder ihrer bisherigen Arbeit nachzugehen oder einen neuen Arbeitsplatz zu finden und diesen unter Umständen im Anschluß an die Haft zu behalten, was den Wiedereinstieg in die Gesellschaft ungemein erleichtere. Falls wirklich irgendwo eine Anstalt geschlossen werden müsse, bitte sie, das an anderer Stelle zu tun. Die Stadt habe sich mit dem Vinckehof arrangiert; in der Anstalt herrsche ein gutes Klima, wie man es nicht überall finde; dies alles sollte man nicht zerstören.